

SPD demokratischer pressediens

F/XXIX/110

12. Juni 1974

Das Untersuchungsverfahren als Kampf?

Widersprüchliche Vorstellungen der CDU/CSU

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD und Vorsit-
zender des Innenausschusses des Bundestages

Seite 1 und 2 / 69 Zeilen

Europa öffnet Tür für Portugal

Kontaktbesuch der Sozialistischen Fraktion des
Europäischen Parlaments in Lissabon

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 3 und 3a / 76 Zeilen

Im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit

Zum Auftakt der X. Fußball-Weltmeisterschaft

Von Manfred Wende MdB
Mitglied des Spartausschusses des Bundestages

Seite 4 / 39 Zeilen

"Erdwacht" soll Katastrophen verhindern

Dritte Internationale Parlamentarierkonferenz zu
Umweltfragen

Von Otto Wittmann MdB
Leiter der deutschen Delegation

Seite 5 bis 7 / 97 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressenr. 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37-38
Telex: 05 88 848 - 45 14 14

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Das Untersuchungsverfahren als Kampf?

Widersprüchliche Vorstellungen der CDU/CSU

Von Prof. Dr. Friedrich Schäfer MdB
Stellv. Fraktionsvorsitzender der SPD und
Vorsitzender des Innenausschusses des Bundestages

Als der erste Untersuchungsausschuß der 7. Wahlperiode des Deutschen Bundestages seine Arbeit beendet hatte, bestand zwischen allen Fraktionen Einigkeit darüber, daß zunächst neue Rechtsgrundlagen für die Einsetzung und das Verfahren von Untersuchungsausschüssen geschaffen werden sollten, bevor man dieses allgemein für nicht ausreichend gehaltene Instrument wieder einsetzen wollte. Im Schlußbericht des Steiner-Ausschusses wurde einstimmig folgendes festgehalten: "Der Grund hierfür liegt darin, daß nach der übereinstimmenden Ansicht der Mitglieder des Ausschusses die Verfahrensregeln für Untersuchungsausschüsse Mängel aufweisen, die ein sachgerechtes Verfahren erheblich komplizieren und erschweren. Es erscheint deshalb vordringlich, das parlamentarische Untersuchungsrecht zu verbessern... Im einzelnen wird vor allem die Einführung eines Vorverfahrens zu erwägen sein..." Alle drei Fraktionsvorsitzenden haben sich dann auf Vorschlag des Ausschusses damit einverstanden erklärt, daß eine interfraktionale Arbeitsgruppe verbesserte Verfahrensregeln für Untersuchungsausschüsse erarbeiten soll.

Nun hat die CDU, ohne die erforderliche Neuregelung abzuwarten, wiederum einen Untersuchungsausschuß beantragt. Dazu hat sie selbstverständlich nach dem Grundgesetz das Recht, und niemand im Bundestag kann oder will sie daran hindern. Deshalb haben auch die Koalitionsfraktionen trotz mancher Bedenken zugestimmt. Man wird aber nach Zielen und Zwecken fragen müssen, die die CDU/CSU-Fraktion mit diesem Vorgehen verbindet. In der Aussprache im Plenum wurde wieder vorgetragen, der Untersuchungsausschuß solle die Wahrheit herausfinden. Nun kann niemand bestreiten, daß die Öffentlichkeit und die CDU/CSU-Fraktion durch die Dokumentation der Bundesregierung und im Vertrauensmännergremium umfassend informiert wurden, und die strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Agenten Guillaume sind Sache der zuständigen Stellen. Der Sinn des Ganzen wird aber klarer, wenn man weitere Aussagen von Unionspolitikern hinzuzieht.

Noch Anfang des Monats stellte der CDU-Abg. Vogel (Innepetal) in einer Veranstaltung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen fest, in manchen Fällen sei "der Untersuchungsausschuß eindeutig ein politischer Kampfausschuß, ein Instrument zur Fortsetzung des Kampfes, der Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit, und dies liegt in der Institution des Untersuchungsausschusses begründet". Deshalb müsse man auch "in den Erwartungen, die man an einen solchen Untersuchungsausschuß stellt, bescheiden bleiben". Auch der CDU-Abg. Dr. Lenz schloß sich dieser Auffassung an - die er bereits in der Bundestagssitzung vom 27. März 1974 geäußert hatte - und forderte infolgedessen eine "Gleichberechtigung der beiden streitenden Parteien" im Untersuchungsausschuß. Dies bestätigte

schließlich auch der CDU-Abg. Dr. Hans-Hugo Klein in derselben Veranstaltung; der Untersuchungsausschuß werde "zwangsläufig zu einer Fortsetzung der politischen Auseinandersetzung zwischen Mehrheit und Minderheit mit anderen Mitteln". Es komme "vornehmlich auf die Auseinandersetzung im Zuge der Beweiserhebung vor der Öffentlichkeit an", während "der Abschlußbericht demgegenüber von sekundärer Bedeutung (ist)".

Diese Ausführungen sprechen für sich. Die maßgeblichen Rechtspolitiker der Unionsfraktion haben hier mit wünschenswerter Deutlichkeit ausgesprochen, was sie von einem Untersuchungsverfahren erwarten. Ich selbst bin dieser Auffassung von den Aufgaben des Untersuchungsausschusses immer wieder, auch in der erwähnten Veranstaltung, entgegengetreten, weil ich meine, daß ein Untersuchungsausschuß mit den an ihn geknüpften Erwartungen der Öffentlichkeit nur dann sinnvoll ist, und nur dann dem Ansehen des Parlaments nützen kann, wenn er eine verfahrensmäßige Chance zur objektiven Wahrheitsfindung hat. Diese Erwartung scheint die CDU/CSU-Fraktion mit ihrem Antrag gar nicht erst zu verbinden, wenn es ihr nur auf den "Kampfausschuß", auf die Fortsetzung der Auseinandersetzung mit anderen Mitteln ankommt.

Festzustellen bleibt, daß die CDU/CSU die Chance zur Reform des Untersuchungsverfahrens bis auf weiteres vertan hat; sie hat den auch von ihr geäußerten Wunsch nach einer Reform wieder einmal kurzfristigen politischen Spekulationen untergeordnet. Es ist schade, daß der Abg. Vogel, der den Antrag seiner Fraktion im Plenum begründete, sich nicht an das erinnerte, was er in der betreffenden Veranstaltung ausgeführt hatte: "Das Parlament wird sich im einzelnen zu überlegen haben, ... ob es einen Untersuchungsausschuß einsetzen soll oder nicht. In dieser Frage kann das Parlament weise Zurückhaltung üben."

(-/12.6.1974/bgy/pr)

+ + +

Europa öffnet Tür für Portugal

Kontaktbesuch der Sozialistischen Fraktion des
Europäischen Parlaments in Lissabon

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Zu Kontakten mit namhaften Führern der Sozialistischen Partei Portugals, an der Spitze Außenminister Soares, reist eine Delegation der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments unter Führung des Vorsitzenden Francis Vals (Narbonne) und des stellv. Vorsitzenden Ludwig Fellermaier (Neu-Ulm) am 13. Juni nach Lissabon. Während ihres viertägigen Besuchsprogramms trifft die Delegation, zu der auch der Präsident des Bundes der sozialdemokratischen Parteien der EG-Mitgliedstaaten, das Mitglied des SPD-Parteipräsidiums, Wilhelm Dröschner, gehört, auch mit nichtsozialistischen Ministern der nach dem Sturz des faschistischen Regimes neugebildeten Regierung zusammen. Die europäischen Sozialisten machen mit ihrer Reise ihr kurz nach der Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse in Portugal gegebenes Versprechen wahr, der sozialistischen Bruderpartei jegliche nur erdenkliche Hilfe zu gewähren.

Vor der Abreise der Delegation hatte die Fraktion beschlossen, der Sozialistischen Partei Portugals auch finanzielle Unterstützung zum Aufbau der Partei zu gewähren. Nach 55 Jahren politischer Unterdrückung und Verfolgung stehen die portugiesischen Sozialisten vor dem organisatorischen Neubeginn. In den offiziellen Unterredungen mit Mitgliedern der portugiesischen Regierung stehen die Möglichkeiten verstärkter Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Portugal im Mittelpunkt. Theoretisch sind sechs verschiedene Arten des Anschlusses an die europäische Institutionen denkbar. Die am weitesten gehende Form wäre natürlich der Beitritt Portugals zur EG. Nach der Wiederherstellung politisch-demokratischer Strukturen stünde dem nichts mehr im Wege. Sieht man jedoch den Beitritt Portugals unter wirtschaftlichen Aspekten, so scheint dieser Schritt zunächst für beide Teile nicht ratsam, weil sich Portugals wirtschaftliche Struktur gegenwärtig noch zu sehr von der der Gemeinschaft unterscheidet.

Die zweite Möglichkeit der Zusammenarbeit wäre die Assoziation. Auch diese Form ist rechtlich möglich, nachdem frühere politische Bedenken nun-

Im Rampenlicht der Weltöffentlichkeit

Zum Auftakt der X. Fußball-Weltmeisterschaft

Von Manfred Wende MdB

Mitglied des Sportausschusses des Bundestages

Innerhalb von zwei Jahren ist die Bundesrepublik Deutschland erneut Austragungstätte einer Weltsportveranstaltung, die mit ihrer Faszination die Menschen in allen Erdteilen zu Gunstbeweisen veranlaßt: die X. Fußball-Weltmeisterschaft 1974. Am Rande der Terrorschatten der Spiele der XX. Olympiade 1972 in München und Kiel blieb das redliche Bemühen der deutschen Veranstalter, tolerante und natürliche Gastgeber zu sein. Die Olympischen Spiele 1972 waren zugleich der Versuch, auch im sportlichen Bereich für die Welt ein friedliches Nebeneinander mit dem Ziel eines Miteinanders der Deutschen sichtbar zu machen. Der Charakter einer Fußball-Weltmeisterschaft ist nicht uneingeschränkt mit dem Inhalt und den Zielsetzungen Olympischer Spiele vergleichbar.

Die Einfachheit und Dramatik, der ständige Wechsel zwischen Sieg und Niederlage und das Gefühl der Zuschauer, sich mit den Spielern und den Mannschaften fußballerisch identifizieren zu können, verleihen dem Fußball die weltweite Popularität. Olympische Spiele und die Fußball-Weltmeisterschaft innerhalb von zwei Jahren in der Bundesrepublik Deutschland: das sind Vertrauensbeweise der internationalen Sportorganisationen, die von den deutschen Ausrichtern ein Höchstmaß an Verständnis für die Gäste aus aller Welt fordern. Die Begeisterung in den Stadien, wo Pech und Glück so nahe beieinander liegen, wird oft überschäumen. Die Diskussionen um Werbung und Prämien werden aber auch einen etwas schalen Beigeschmack beisteuern, wenn auch solche Aspekte sicherlich in den Hintergrund treten, wenn am Donnerstag die X. Fußball-Weltmeisterschaft 1974 in Frankfurt ihren Auftakt nimmt. Doch sollten sich der Weltfußballverband (FIFA) und der Deutsche Fußballbund glaubwürdig darum bemühen, daß die X. Fußball-Weltmeisterschaft später nicht als Höhepunkt der Werbung und der Prämienforderungen eingeordnet wird.

Zum erstenmal nehmen auch zwei deutsche Auswahlmannschaften an einer Fußball-Weltmeisterschaft teil. Wie auch immer die Sympathie verteilt sein mag, mir scheint ein Fußballstadion nicht der richtige Ort zu sein, um möglicherweise einen Nachholbedarf an allgemeinem Prestige oder nationalen Ambitionen zu befriedigen.

Es ist noch nicht lange her, daß die Beteiligung von Berlin (West) im Rahmen einer solchen Weltveranstaltung zu heftigen Auseinandersetzungen geführt hätte. Heute wirken sich die politischen Fortschritte positiv und normalisierend auf einen Ablauf ohne innerdeutsche Quarreln aus. So gesehen könnte ein Beitrag dazu geleistet werden, daß sich die Deutschen insgesamt angesprochen fühlen, wenn für die Ausländer die Fußball-Weltmeisterschaft 1974 in "Germany", "Allemagne" oder "Alemania" stattfindet.

(-/12.6.1974/bgy/pr)

+ + +

"Erdwacht" soll Katastrophen verhindern

Dritte Internationale Parlamentarierkonferenz zu Umweltfragen

Von Otto Wittmann MdB

Leiter der deutschen Delegation

Während der Dritten Internationalen Parlamentarierkonferenz zu Umweltfragen in der Hauptstadt Kenias, Nairobi, sind zahlreiche Empfehlungen zur Zusammenarbeit und zur Verstärkung von internationalen Maßnahmen für den Umweltschutz an die Parlamente und Regierungen der Welt verabschiedet worden. Von deutscher Seite hatten an dieser Konferenz eine Delegation des für den Umweltschutz zuständigen Innenausschusses des Bundestages aus vier Abgeordneten und zwei Länderparlamentarier teilgenommen. Rund 30 Länder der Erde waren durch einen oder mehrere Parlamentarier bei der Konferenz vertreten gewesen. Von den Staaten des Ostblocks hatten die UdSSR drei, die DDR zwei, Polen, Rumänien und Bulgarien je einen Abgeordneten geschickt, dazu weitere Teilnehmer als Beobachter. Als einziges großes Land der Erde hatte China auf die Teilnahme verzichtet. Dagegen nahmen, vermutlich wegen des Konferenzorts Kenia, zahlreiche afrikanische Staaten teil.

Während in den hochindustrialisierten Staaten der nördlichen Halbkugel die Umweltprobleme bereits auf den Nägeln brennen, muß bei den verantwortlichen Politikern der Entwicklungsländer ein Bewußtsein für die mit dem Aufbau von Industrie verbundenen Folgen für den Haushalt der Natur erst geweckt werden. Hauptaufgabe der Industriestaaten ist es deshalb, vor der Mißachtung der Umweltfolgen zu warnen und um frühzeitige Zusammenarbeit auf internationaler Ebene zu werben. Es ist verständlich, daß dies eine mühselige Arbeit ist und Erfolge oft auf sich warten lassen. Bleibt es doch vorerst noch Tatsache, daß viele sogenannte unterentwickelte Staaten sich Zustände, wie wir sie etwa in der Motorisierung haben, geradezu herbei-

wünschen. Die bei der Dritten Internationalen Umweltkonferenz verabschiedeten Empfehlungen dürfen deshalb nicht mit den hohen Ansprüchen gemessen werden, die wir in unserem eigenen Land an den Umweltschutz stellen. So verdienen jedoch gerade wegen der unterschiedlichen internationalen Interessen unsa mehr Beachtung.

So konnte unter den in Nairobi anwesenden Parlamentariern weitgehende Übereinstimmung darüber erzielt werden, daß eigenstaatliche Interessen in den Bereichen der Umweltverschmutzung, der Ausschöpfung von Rohstoff- und Energiequellen, des Bevölkerungswachstums und der Raumordnung sowie der Erforschung und Aufklärung über diese Probleme zugunsten einer internationalen Zusammenarbeit mehr als in der Vergangenheit in den Hintergrund treten müssen. Zahlreiche Resolutionen zielen deshalb auch auf eine kontinuierliche Zusammenarbeit aller Beteiligten mit dem Umweltschutz-Lenkungsausschuß der Vereinten Nationen, da nur über eine zentrale Stelle die von den einzelnen Mitgliedern bekannt gegebenen Informationen allen zugänglich und nutzbar gemacht werden können. Als Fernziel schwebt den Experten eine Umweltschutz-"Erdwacht" vor, ein System globaler Umweltüberwachung kombiniert mit einer Quellsammlung internationaler Umweltinformationen.

Bei der Behandlung der einzelnen Teilbereiche lehnten sich die Forderungen vielfach an Maßnahmen an, die in einigen Ländern schon beispielhaft durchgeführt worden sind. Die Bundesrepublik Deutschland wird dabei nicht selten mit Maßnahmen zur empfehlenswerten Nachahmung genannt. Hier steht mit an erster Stelle das Immissionsschutzgesetz, das erstmals den Verursachern von Umweltverschmutzungen die Kosten für die Beseitigung der Schäden auferlegt. Ferner verfügt die BRD als erstes Land über ein umfassendes Verzeichnis zur Identifizierung von Schmutzstoffen sowie eine spezialisierte Erforschung aller verschmutzenden oder vergiftenden Stoffe. Auch in der Entwicklung allgemeiner Konzeptionen für die Raumordnung und regionale Strukturpolitik, bei denen alle Bereiche des Staates wie Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgergruppen und lokale Organisationen den ihnen angemessenen Platz im Interesse der Allgemeinheit zugewiesen bekommen und für eine koordinierte

nierte Planung gesorgt wird, steht die Bundesrepublik vorn.

Ein wichtiges Thema der Parlamentarierkonferenz in Nairobi waren auch die Probleme von Umweltschäden, die die Grenzen eines Landes überschreiten. Hier gilt die Vereinbarung der Skandinavischen Länder als vorbildlich, die die Berücksichtigung der Interessen des Nachbarn bei grenzüberschreitenden Umweltmaßnahmen und rechtliche Schritte von betroffenen Bürgern bei zuständigen Stellen des Verursacherlands vorsehen. Die Konferenz empfahl dabei die Zusammenarbeit regionaler Institutionen, um von vornherein die Beachtung der Umweltbelange einer Region als Ganzes sicherzustellen und Streitfälle zwischen angrenzenden Staaten gar nicht erst aufkommen zu lassen. Um diesen Bemühungen Nachdruck zu verleihen, sollten die Regierungen nationale Preise an diejenigen Regionen verleihen, deren Umweltmaßnahmen am meisten zur Verbesserung der Lebensqualität ihrer Bewohner beigetragen haben.

Weitere einzelne Entschlüsse befaßten sich mit der Verbesserung internationaler Fischereiabkommen, der Ausweitung von leistungsfähigen Kommissionen für Flusseinzugsgebiete und geteilte Gewässer zur gemeinsamen Erhaltung der Reinheit der Gewässer und der Wasserreserven, mit dem Schutz der Waldbestände durch Aufforstung und auch durch Aufklärung über die Folgen von Kahlschlag durch Verlust der Bodenfruchtbarkeit, durch Erosion, Absenkung des Grundwasserspiegels oder Verschlechterung des Klimas. Für die Landwirtschaft interessante Aspekte kamen bei der Konferenz in Nairobi in der Forderung nach koordinierten Aktionen zur Ersetzung von Agro-Chemikalien durch biodynamische und biologisch abbaubare Stoffe zum Ausdruck, damit gesundheitliche Schäden durch Giftstoffe in Nahrungsmitteln besser verhindert werden können. Gezielte Hilfe soll nach Meinung der bei der Konferenz versammelten Parlamentarier auch den Bewohnern von gebirgigen Gegenden gewährt, einerseits durch die Anregung von Tourismus sowie anderer außer-landwirtschaftlicher Erwerbsquellen, andererseits durch die Entschädigung der Landwirte aus öffentlichen Mitteln für ihren im Interesse der Gesamtbevölkerung liegenden Aufwand zur Erhaltung der Umwelt.

Über die Einzelmaßnahmen hinaus bestand Übereinstimmung in der Überzeugung, daß der Verschwendung von Rohstoffen, die nicht erneuert werden können, und der unüberlegten Ausbeutung der Energiequellen auf der Erde Einhalt geboten werden müsse. Hierzu müsse in den Industrieländern die Nachfrage nach solchen knappen Rohstoffen eingedämmt und in den Entwicklungsländern mit Rohstoffquellen der Abbau verringert werden. Gleichzeitig müßten neue Energiequellen erforscht oder leistungsfähigere Energieproduktionen ermöglicht werden und die neuen Technologien auch allen Staaten zugänglich gemacht werden. Von größter Bedeutung für alle diese Anliegen ist nach Ansicht der Experten jedoch die Aufklärung der Bürger aller Nationen über die Folgen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums für die Umwelt mit dem Ziel der Einsicht in die Bedeutung einer gesunden Umwelt für die Lebensqualität eines jeden Bürgers.

(-7/12.6.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Prellner